

# Riefjaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Riefjaer, Postfach Nr. 22.

Das Riefjaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefjaer, des Rates der Stadt Riefjaer, des Finanzamts Riefjaer und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22, Riefjaer, Postfach Nr. 22.

Nr. 157.

Donnerstag, 9. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefjaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres 24 Mark. Die Nummer des Abgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 40 mm breite, 8 mm hohe Druckschicht (6 Seiten) 26 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Kusthaft. Feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefjaer. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefjaer. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Leichgräber, Riefjaer; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riefjaer.

## Die Konferenz von London.

Als in der letzten Woche das Kabinett MacDonald anregte, unmittelbar nach der französisch-amerikanischen Einigung über den Hooverplan eine Konferenz in London abzuhalten, fand diese Einladung in Paris eine beinahe erboste Ablehnung. Als aber jetzt am 7. Juli der englische Botschafter Lord Tyrrell der französischen Regierung erneut die Einladung überbrachte, wurde diese sofort mit verbindlichem Danke angenommen. Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten und Deutschlands werden sich somit zu Beginn der nächsten Woche in London ein Stellbildnis geben.

Die Fragen, die sie zu erörtern haben, bedürften vorerst noch der Klärung. Es ist aber kaum anzunehmen, daß das Problem des Garantiefonds große Schwierigkeiten macht, nachdem die Franzosen sich bereit erklärt haben, die mehr als 400 Millionen RM., die sie nach dem Youngplan im Falle eines deutschen Moratoriums nach Paris zu entrichten haben, in Monatsratenzahlungen nach Paris abzuführen. Auch Schatzkanzler Snowden, der eifrig und gewissenhafte Hüter des englischen Staatskassens, dürfte letztlich gegen diese französisch-amerikanische Vereinbarung keine im Unterhause bereits vorgetragenen Ausstellungen aufweisen.

Wesentlich anders ist es um die Sachlieferungen bestellt. Nachdem festgestellt, daß der deutsche Reichshaushalt im laufenden Reparationsjahr von allen Reparationszahlungen befreit wird, fallen auch die Riesensummen für Sachlieferungen, die 600 Millionen RM. übersteigen, weg. Nun gibt es aber eine stattliche Reihe von letzten Sachlieferungsverträgen, deren Durchführung im Jahre nahezu 150 Millionen RM. erfordert. Was soll aus diesen Verträgen werden? Das ist die Frage, über die man sich schon in Paris die Köpfe zerbrach. Handelt es sich dabei doch vielfach um Unternehmungen, die mitten im Bau befindlich sind und ohne schwere wirtschaftliche Schädigungen nicht unterbrochen werden können. Man denke nur an den Bau von Stauewerken, elektrischen Anlagen und dergleichen mehr. Andererseits ist die deutsche Wirtschaft, die unter einer notorischen Arbeitslosigkeit leidet, an dem Fortbestand mancher Sachlieferungsverträge nicht uninteressiert. Fest steht jedenfalls, daß sachliche Leistungen in dem jetzt begonnenen Reparationsjahr faktisch auch bezahlt werden müssen. Die Sachverständigen, die in der nächsten Woche in London zusammenzutreten, werden die Mittel und die Wege auszufundieren haben, auf denen diese Zahlung erfolgt.

Eine besonders harte Kluft, die von den Sachverständigen aufgebracht werden soll, bilden die Jahresraten, in denen die jetzt gestundeten Reparationssummen in den Jahren 1933 bis 1943 zurückgezahlt werden sollen. Es handelt sich hierbei um jeweils 150 Millionen RM., die über den Youngplan hinaus den deutschen Reichshaushalt belasten werden. In Paris hat sich niemand darüber Sorgen gemacht, ob das Deutsche Reich diese Summe überhaupt aufzubringen vermag. Diese Feststellung bedarf allerdings einer Einschränkung, insofern nämlich diese Sorge in den letzten 14 Tagen nicht zum Ausdruck kam. Vor etlichen Monaten freilich, als ein weltberühmter Sachverständigenausschuß unter Vorsitz des Amerikaners Owen Young in Paris tagte, legte man einen Reparationsplan fest, der das Höchstmaß der deutschen Zahlungsfähigkeit fixierte. Dieser Plan ist der ganzen Welt unter dem Namen Youngplan bekannt. Wie jetzt über diese Höchstsummen hinaus das Deutsche Reich zehn Jahre hindurch 150 Millionen mehr als der Youngplan vorschau, aufbringen soll, erscheint voreinstig schleierhaft.

Vermutlich werden sich die Sachverständigen Londons aber noch nicht darüber streiten, was geschehen soll und wird, nachdem das Schuldentierjahr vorüber ist. In Berliner politischen Kreisen macht man sich darüber aber schon heute sehr ernste Gedanken. Man hält es geradezu für selbstverständlich, daß eine neue große Reparationskonferenz zusammenzutreten wird, nachdem die finanzpolitische Lage des Deutschen Reiches und Europas einigermaßen geklärt ist. Diese Klärung liegt freilich erst dann vor, wenn die Auswirkungen des Schuldentierjahres sich einigermaßen übersehen lassen. Erst dann können aus dem Weltmoratorium die erforderlichen Schlußfolgerungen gezogen werden. Ob dies schon im nächsten Winter oder im Frühjahr möglich ist, will uns fraglich erscheinen. Man wird jedenfalls die Ergebnisse des Weltabstimmungskongresses abwarten, der am 3. Februar 1932 in Genf zusammentritt und vermutlich auch die amerikanischen Präsidentenwahl, die, wie man sich erinnern mag, bekanntlich erst im Spätherbst des nächsten Jahres stattfinden werden.

Es ist aber sehr leicht möglich, daß Präsident Hoover sich erneut veranlaßt sehen kann, mit starker Hand in das europäische Wirtschaftsleben einzugreifen. Staatssekretär Stimson, der auf seinem europäischen Sommerbesuche bereits in Rom eingetroffen ist, hat in seiner Westentasche nämlich den vikarischen Auftrag Hoovers, "beim Besuch der wichtigsten Hauptstädte Europas keinen verächtlichen Beitrag zur Lösung aller Fragen zu liefern, die im gegenwärtigen politischen Moment auf der Tagesordnung stehen, aller Fragen, keine ausgenommen". Wie sich daraus ergibt, hat die hohe amerikanische Außenpolitik Europa gegenüber eine vollkommene Neuorientierung eingeschlagen. Der Abstinenzpolitik gegenüber, die unmittelbar nach Kriegsende "Hände weg von Europa!" proklamierte, erscheint jetzt eine amerikanische Politik wachsenden Interesses und

## Die Londoner Sachverständigen-Konferenz.

Washington, 9. Juli.

Der stellvertretende Staatssekretär Castle erklärte, daß Amerika sich an der technischen Konferenz zur Regelung der Ausführung des Hoover-Planes in London beteiligen werde. Die amerikanischen Delegierten würden zwar hauptsächlich als Beobachter auftreten, gleichzeitig aber dafür sorgen, daß die Entscheidungen der europäischen Finanzexperten sich innerhalb des Geistes des Hoover-Planes halten. Er hoffe, daß die Entscheidungen bald zustande kämen, möglichst schon vor dem 15. Juli, damit der Hoover-Plan in Kraft sei, bevor die Zahlungen Deutschlands fällig werden.

### Anerkennung für Deutschland

Die Regierung der Vereinigten Staaten stelle mit Befriedigung fest, daß die Reichsregierung das Möglichste tue, um die Finanzlage zu bessern, insbesondere sei der gemeldete Garantiefonds der deutschen Banken und Industrieunternehmen ein sehr erfreuliches Zeichen.

### ... und ein Dämpfer

Ferner gab der stellvertretende Staatssekretär einen Kommentar zu seiner historischen Darstellung der Entwicklung des Hoover-Planes. Er erklärte, der Präsident habe unter anderen Plänen die zeitweise Revision der Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen erwogen, jedoch habe ihm der Vorschlag einer Revision der bestehenden Verträge ferngelegen.

Der Präsident, so führte Castle dazu aus, habe zu keiner Zeit irgendeine dauernde Revision der ausländischen Schuldregelungen in Vorschlag gebracht oder erwogen. Das Thema sei lediglich von dem Gesichtspunkt aus erwogen worden, wie eine Abhilfe für die infolge der Weltdepression herrschenden zeitweiligen glücklichen Umstände geschaffen werden könnte.

Während der gesamten Verhandlungen sei dauernd an dem unverletzten Fortbestand (Integrity) der erwähnten Vereinbarungen festgehalten worden. Die Ansichten der amerikanischen Regierung seien in der Verlautbarung des Präsidenten vom 20. Juni voll zum Ausdruck gekommen und bei den Verhandlungen wäre nichts anderes mitzubegriffen.

## Londoner Sachverständigenkonferenz am 17. Juli?

In London. Die Reuter erfährt, wird damit gerechnet, daß die Sachverständigen am 17. Juli in London zusammentreten werden.

## England beabsichtigt noch eine Regierungskonferenz.

Wd. Im Zusammenhang mit der Einigung über den Hoover-Plan ist eine Konferenz der Finanzsachverständigen der einzelnen Länder notwendig geworden, die die technische Abklärung der Dinge vornehmen soll, die nach in ihren Einzelheiten geregelt werden müssen. Auf dieser Konferenz sind natürlich keine politischen Fragen mehr zu entscheiden, sondern es handelt sich lediglich darum, die technische Durchführung der Bestimmungen des Hoover-Planes so zu regeln, daß durch ein Zusammenarbeiten der beteiligten Länder jede Reibung vermieden wird. Diese Konferenz soll in der nächsten Woche in London stattfinden.

Von England ist der Gedanke ausgegangen, im Anschluß an diese technische Konferenz eine Regierungskonferenz nach London einzuberufen, die vielleicht die Ratifizierung der Vereinbarungen der Experten vorzunehmen hätte. Dieser Plan, der in der französischen Presse mit Beifall

aktiver Einmischung in die europäische Politik und Wirtschaft. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas sind nicht gewillt und nicht in der Lage, wie das letzte Eingreifen des Präsidenten Hoover klar bewies, dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und der Reichsfinanzen in völliger Passivität gegenüberzutreten. Im Interesse seiner eigenen Wirtschaft ist Washington logischerweise, wie die Pariser Verhandlungen beweisen, der französischen Reparationspolitik ein Paroli zu bieten. Dies ist ein neuer Faktor in der hohen Politik der Weltmächte, dessen Tragweite und Auswirkungen sich zur Stunde noch gar nicht übersehen lassen.

## Luther fährt nach London?

Berlin, 9. Juli.

Nach einer Londoner Meldung des "Berliner Tageblattes" wird Reichsbankpräsident Dr. Luther nach London fahren, um, wie es in den Meldungen heißt, über eine neue

begrußt worden ist, dürfte nicht überall ungeteilte Zustimmung finden, auch bei der deutschen Regierung nicht; denn zur Ratifizierung der Abmachungen der Finanzmänner wäre der umständliche Apparat einer internationalen Ministerzusammenkunft nicht erforderlich. Das läßt sich auf dem üblichen Wege des diplomatischen Notenverkehrs einfacher und weniger kostspielig erledigen. Die verantwortlichen Staatsmänner werden in den nächsten Wochen ohnehin Arbeit, auch Konferenzarbeit genug haben. Wenn Berlin die Vertreter der englischen Regierung und den amerikanischen Staatssekretär Stimson empfangen hat, werden die Vertreter der deutschen Regierung ihre Besuche in Paris und Rom machen, um die durch den Abschluß des Hoover-Planes eingeleitete neue Ära der Verhandlung in freundschaftlicher Unterhaltung weiter auszubauen. Die Meldung, daß Mussolini nach Deutschland oder wenigstens durch Berlin kommen will, ist noch nicht offiziell bestätigt. Von den zuständigen deutschen Stellen wird verhofft, daß er eines freundschaftlichen Empfanges sicher sein könne.

## D. Hoelsch bei Ministerpräsident Cavalet.

In Paris. Die Unterredung, die Botschafter v. Hoelsch gestern abend mit Ministerpräsident Cavalet hatte, fand statt, weil Außenminister Briand, der sich für einige Tage nach Paris begeben hat, erst Ende dieser Woche wieder nach Paris zurückkehren wird. Im Laufe der Unterredung sind alle die Fragen besprochen worden, die sich aus der Annahme des Heierjahres durch alle interessierten Regierungen ergeben. Der deutsche Botschafter hat dabei auch die Bekämpfung der Reichsregierung darüber erklärt, daß der Vorschlag des Präsidenten Hoover nach Abschluß der Pariser Verhandlungen von allen Mächten angenommen worden ist. Er brachte dem Ministerpräsidenten Cavalet außerdem den Text der Botschaft des Reichskanzlers an Präsident Hoover vom 2. Juli und den Text der Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 7. Juli zur Kenntnis.

Hoelsch veröffentlicht eine offizielle Mitteilung über die Unterredung und teilt mit, daß die Verhandlungen über die sofortige Durchführung des allgemeinen Ferienjahres sehr aktiv betrieben wurden, so daß bereits am Montag, den 13. Juli, die internationale Zahlungsbank in Basel den französischen Antrag über die Bedingungen, zu denen Frankreich im Falle eines Youngplanmoratoriums den im Youngplan vorgesehenen Garantiefonds zu stellen hätte, prüfen würde. Am 17. Juli, heißt es in der Mitteilung weiter, werde in London die Konferenz der Sachverständigen beginnen, die sich mit der technischen Durchführung des Moratoriums und mit der Frage der Sachlieferungen beschäftigen soll. Bei diesen Verhandlungen werde Deutschland vertreten sein. Erst nach Beendigung der Arbeiten der Sachverständigen werde entschieden werden, ob eine Konferenz der Minister der verschiedenen interessierten Länder einschließlich Deutschlands notwendig sei, und wann sie in diesem Falle zusammentreten würde. Im übrigen wird in der Hoelschmeldung bemerkt, daß der Besuch des Reichskanzlers Brüning und des Reichsbankministers Curtius in Paris entweder in den letzten Julitagen oder zu Beginn des Monats August zu erwarten sein dürfte.

## Kein Rücktritt Stimsons

Washington, 9. Juli.

Gerüchte, die davon wissen wollen, daß Stimson zurückzutreten beabsichtige, wurden hier aufs schärfste dementiert. Es wurde betont, daß der Staatssekretär wichtige Fragen in Europa zu besprechen hätte und sowohl das Abrüstungs- als auch das Schuldenproblem studieren werde.

Staatssekretär Stimson ist Mittwoch abend in Rom eingetroffen.

größere Anleihe für die Reichsbank zu verhandeln. Man dürfe wohl sofort mit der Reise rechnen.

## 1,6-Milliarden-Anleihe für Deutschland?

In London. Die Bank von England hat bisher die Meldung von einer Verlängerung des an die Reichsbank abgegebenen Vorstufes über den 16. Juli hinaus weder bekräftigt noch dementiert. In City-Kreisen rechnet man damit, daß den deutschen Banken eine Anleihe von mindestens 1,6 Milliarden gegeben werden muß.

## Pariser Botsprechungen Gendersons nach dem Berliner Besuch.

London. (Funkdruck.) Manchester Guardian berichtet, Genderson werde von Berlin wieder nach Paris zurückkehren, um weitere Botsprechungen mit Briand durchzuführen.